



Band 9. Zwei deutsche Staaten 1961-1989

Warnung der Regierung vor neuem rassischem Hochmut (12. Dezember 1979)

Als Reaktion auf die wachsende Welle ausländerfeindlicher Stimmung bezeichnet der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn, die Bundesrepublik als „Einwanderungsland“. In dem folgenden Aufsatz, der in der links gerichteten *Frankfurter Rundschau* erschien, befürwortet er die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer und warnt vor den schlimmen Folgen eines neuen Rassismus.

Kühn warnt Deutsche vor einem neuen rassischem Hochmut

Bundesrepublik soll sich als Einwanderungsland ohne „Zwangsgermanisierung“ verstehen

„Für vier Millionen ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien ist die Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland geworden“. Diese „für viele schockierende Auffassung“ unterstrich der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung in Bonn, Nordrhein-Westfalens ehemaliger Ministerpräsident Heinz Kühn, am Wochenende in Stuttgart auf einem Kongreß „Ausländische Kinder in der Bundesrepublik“, den die Nationale Kommission für das Internationale Jahr des Kindes veranstaltete. Kühn räumte ein, daß die Bundesrepublik sicherlich nicht ein Einwanderungsland im herkömmlichen Sinne sei wie etwa die USA oder Kanada. „Aber denen, die bei uns bleiben wollen, müssen wir uns mit allen Konsequenzen öffnen“, sagte Kühn vor rund 600 Vertretern von Ausländervereinigungen, Ministerien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden sowie Lehrern, Erziehern und Sozialarbeitern.

Zum ersten Male seit der Überreichung seines „Memorandums“ zur Ausländerintegration an die Bundesregierung vor knapp zwei Monaten setzte sich Kühn öffentlich mit den zentralen Forderungen des „Memorandums“ und der bisher geäußerten Kritik auseinander. „Mit aller Kraft und Leidenschaft“, sagte Kühn, stehe er hinter dem „Memorandum“, in dem vor allem das kommunale Wahlrecht, die „Einbürgerung per Postkarte“ für die in der Bundesrepublik geborenen Ausländerkinder und die Einschulung in reguläre deutsche Schulklassen gefordert worden war.

Ausdrücklich betonte Kühn, daß er das „Memorandum“ in „absoluter Unabhängigkeit“ geschrieben habe. Bundeskanzler Helmut Schmidt, der Kühn zum Ausländerbeauftragten ernannt hatte, habe erkannt, daß das Problem von großer Bedeutung sei. Er habe von ihm erwartet, sagte Kühn in Stuttgart, daß er Vorschläge „in ungeschminkter Offenheit“ unterbreite.

Das Bundeskabinett hat bisher – wie berichtet – einmal über das „Memorandum“ beraten, eine Stellungnahme dazu aber erst für das kommende Frühjahr angekündigt.

Zustimmung, erklärte Kühn, habe er bisher von den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden erhalten. Manche Ablehnung sei aber so ausgefallen, als ob „die antisemitischen Vorurteile der dreißiger Jahre zum Vorbild genommen wurden für die antitürkischen Vorurteile der siebziger Jahre“. Nachdrücklich warnte Kühn vor einem erneuten deutschen „rassischen Hochmut“ und einer neuen Zweiklassengesellschaft, in der den deutschen Arbeitnehmern die „hochwertigen“ Arbeitsplätze reserviert würden und den Ausländern die „niedrigen und schmutzigen“.

Sehr entschieden wandte sich Kühn gegen alle „Nationalklassen“ in den Schulen, wie sie vor allem – auch in Stuttgart – von griechischen Elternvereinen und griechischen Regierungsvertretern gefordert werden. „Wir wollen niemanden an uns binden“, meinte Kühn, „wir wollen auch keine Zwangsgermanisierung. Aber Nationalklassen sind ein Teil der Gettoisierung“. Die Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder, die in der Praxis vielfach zu „Nationalschulen“ für die gesamte Dauer der Schulpflicht geworden sind, sollten auf ein Jahr beschränkt werden. Rechtlich sollten sie ausschließlich der deutschen Schulverwaltung unterstehen. „Ich will keine Koranschulen, in denen vielleicht eine Khomeiny-Ideologie gelehrt wird“, rief Kühn unter starkem Beifall. Für sein Integrationsprogramm vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung forderte Kühn die Bereitstellung von 600 Millionen Mark jährlich.

In den 15 Arbeitsgruppen wurde, ausgehend von dem Kühn-Memorandum und der in jüngster Zeit sichtbar gewordenen politischen Neuorientierung gegenüber den Problemen ausländischer Familien und ihrer Kinder, ein Forderungskatalog diskutiert, der auf unmittelbare Hilfe im Kindergarten, in der Schule, in der Berufsausbildung, der Jugend- und Elternarbeit gerichtet war.

Lediglich in einer Arbeitsgruppe kam es zu massiven und tumultuösen Auseinandersetzungen. Hier beherrschten die vor allem aus Berlin, München und Frankfurt in Gruppen angereisten griechischen Elternvereine die Diskussion und setzten knapp gegen andere griechische und türkische Vertreter eine Absage an eine Integration und die politischen Ziele des „Kühn-Memorandums“ durch. Sie bestanden nachdrücklich auf griechischen Nationalklassen und begründeten dies insbesondere mit der zeitlich allerdings unbestimmten Rückkehr ihrer Kinder nach Griechenland. Auch am Sonntag, als die Arbeitsgruppenleiter die Diskussionsergebnisse vortrugen, bestimmten diese Elternvereinsgruppen den Verlauf, da ein großer Teil der Teilnehmer vom Samstag bereits abgereist war. Ihr massiv vorgetragener Protest gegen eine Integration löste bei den noch anwesenden anderen ausländischen Gruppen und Elternvereinigungen eine Flut von Presseerklärungen für Gleichberechtigung und Integration aus.

Quelle: Jutta Roitsch, „Kühn warnt Deutsche vor einem neuen rassistischen Hochmut“, *Frankfurter Rundschau*, 17. Dezember 1979.